

KURZ UND PRÄGNANT

Musical „Step by Step“

Unterstützt auch durch das Wahlkreisbüro von Bodo Ramelow findet am Samstag, den 15. Dezember, um 19 Uhr, im Evangelischen Ratsgymnasium, Meister-Ekkehart-Str. 1, in Erfurt die Musical-Aufführung „Step by Step – Sauwa Sauwa“, ein Koexistenzprojekt von jüdischen und arabischen Jugendlichen, statt. Die 40 muslimischen und jüdischen Jugendlichen aus der Ein Mahel Schule und der Leo Baeck High School sind zwischen 16 und 18 Jahre alt. Angesichts der



immer größer werdenden Frustration und Resignation israelischer Jugendlicher in Bezug auf arabisch-jüdische Koexistenzprojekte, hat das Leo Baeck Zentrum in Haifa ein alternatives und attraktives Musical als Koexistenz- und Konfliktbewältigungs-Projekt erarbeitet. Die Story ist inhaltlich an das Broadway-Musical „Chorus Line“ angelehnt. Bodo Ramelow lädt zu dieser spannenden Aufführung herzlich ein. ■

Klares Zeichen gefordert

„Immer noch werden Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge über Jahre in zum Teil menschenunwürdigen Flüchtlingslagern untergebracht, immer noch werden sie durch rassistische Sonderregelungen, wie die so genannte Residenzpflicht oder die Form der Leistungsgewährung, diskriminiert, immer noch senden die Thüringer Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen das Signal, es handele sich um Menschen zweiter Klasse, die man ausgrenzen könne“, kritisierte Sabine Berninger anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember. Auch nach Veränderungen, z.B. bei Barzahlungen an Flüchtlinge nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, könne noch längst nicht von einer modernen und menschlichen Flüchtlingspolitik Thüringens gesprochen werden, so die Migrationspolitikerin der Fraktion DIE LINKE weiter. Die Abgeordnete forderte ein klares Zeichen des Landtags. „Es bieten sich während des Dezember-Plenums mehrere Gelegenheiten, Diskriminierungen von Flüchtlingen in Thüringen zu beseitigen.“ ■

Abschiebestopp jetzt!

Sabine Berninger: Umgehend Erlass des Thüringer Innenministeriums notwendig

„Der Einigkeit der Thüringer Koalitionsfraktionen für einen Winterabschiebestopp für Roma in die Länder des Balkans muss nun eine einmütige Entscheidung des Landtages und umgehend ein Erlass des Innenministeriums für die Anwendung in den Ausländerbehörden folgen“, hatte die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger, am 7. Dezember nach der Ankündigung der CDU und der SPD gefordert.

„Es ist zu begrüßen, wenn der Druck aus dem Parlament und von Flüchtlingsorganisationen nun zu einem zunächst zeitweiligen Schutz der am meisten diskriminierten Minderheit in Serbien, Mazedonien und Kosovo führt“, sagte die Abgeordnete weiter.

LINKE und GRÜNE haben in diesem wie im vergangenen Jahr parlamentarisch einen Wintererlass der Landesregierung gefordert. Noch im November verweigerte die Koalition die Behandlung des Antrages im Plenum.

Nun steht er erneut auf der Tagesordnung der letzten Landtagssitzungen in diesem Jahr. Sabine Berninger verwies aber auch darauf, dass die Situation der Roma in vielen Ländern Europas langfristig und dauerhaft verändert werden muss. „Hier steht Thüringen natürlich nicht allein in der Verantwortung. Die Landesregierung sollte sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Roma nicht dauerhaft aufgrund existenzieller Angst infolge von Diskriminierungen gezwungen sind, insbesondere in den Wintermonaten in Westeuropa notwendigen Schutz zu suchen.“

Auf Unverständnis stieß bei der Landtagsabgeordneten der LINKEN die Ankündigung der SPD, sich in Sachen Flüchtlingsaufnahmegesetz in der Ko-

alition geeinigt zu haben, „wenn zeitgleich im Innenausschuss eine Absetzung der Beratung durchgesetzt wird“. „Angesichts der Anhörungsergebnisse ist das angekündigte Betretungsrecht von sogenannten Gemeinschaftsunterkünften für Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen ein schlechter Witz. Die Mehrheit der Anzuhören-

leid. Die Residenzpflicht muss abgeschafft und zunächst in Thüringen der Bereich des erlaubnisfreien Aufenthaltes auf das gesamte Land ausgedehnt werden. Mehrfach schon hatte der Landtag Gelegenheit, dies durch Beschlussfassung von der Landesregierung einzufordern.

Dazu gibt es in dieser Plenarsitzung



LINKE- und GRÜNE-Fraktion hatten gemeinsam zu einer öffentlichen Veranstaltung zur Lebenssituation der Roma in Serbien eingeladen. Über die Eindrücke ihrer Delegationsreise im Sommer berichteten Anna Tahirovic, refugio Thüringen e.V., und Sabine Djimakong, Diakonie. „Es gibt zu wenig ausgebildete Roma, die an wichtigen Stellen sitzen“, sagte Ferdi Ljatifi (Bildmitte), der sich vor Ort für ein Bildungsprojekt eingesetzt hatte.

den hat sich für eine überwiegende Einzelunterbringung in Wohnungen für Flüchtlinge aus humanitären Gründen ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund ist die angekündigte Änderung eher ein Festhalten an der entwürdigenden Unterbringungspraxis in Lagern und Gemeinschaftsunterkünften. In Sachen Residenzpflicht sind wir, die Flüchtlinge und Flüchtlingsorganisationen, die Ankündigungs politik der SPD

die nächste Möglichkeit. Die SPD muss endlich einmal zustimmen, statt mit Pressemitteilungen den diskriminierenden Charakter der Residenzpflicht zu beschreiben und im Plenum dennoch an ihr festzuhalten. Nach der neuerlichen Ankündigung erwarte ich jetzt eine breite Zustimmung zum Antrag zur Ausweitung der Residenzpflicht in Thüringen“, sagte Sabine Berninger. ■

Gast aus Mali in der Linksfraktion



Mohamed Ag Akéterane, Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation TEMEDT im westafrikanischen Mali, weilte auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Deutschland und hatte am 19. November den Thüringer Landtag besucht, wo er von Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN und Vorstandsmitglied der Stiftung, die seit zwei Jahren auch Partnerin der TEMEDT ist, sowie weiteren Fraktionsmit-

gliedern herzlich willkommen geheißen wurde. Der Gast berichtete über die Arbeit seiner Organisation, die vor allem die in Mali noch immer bestehende und über das ganze große Land – viermal so groß wie Deutschland und 15 Millionen Einwohner – verstreute Erbsklaverei bekämpft. Sie tun dies auch mit vor allem finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, indem sie die skandalöse, die Men-

schenwürde mit Füßen tretende Sklaverei, von der besonders schlimm Frauen und Kinder betroffen sind, verstärkt in die Öffentlichkeit bringen sowie durch juristische Unterstützung für die Opfer.

In der Diskussion wurde auch deutlich, wie sehr sich die Situation mit den Übergriffen von Extremisten und Fanatikern im Norden des Landes verschärft hat. Wobei Mohamed Ag Akéterane hervorhob, dass „Krieg keine Alternative“ sei und über den Weg des innermoralischen Dialogs eine Lösung gefunden werden müsse. Am Abend hatte in der Kleinen Synagoge in Erfurt noch eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Mohamed Ag Akéterane stattgefunden.

Im Foto (v. links): Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender, Mohamed Ag Akéterane, die LINKEN Abgeordneten Dirk Möller und André Blechschmidt sowie José Paca, Vorsitzender des Ausländerbeirats von Erfurt. ■